Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 3135
der Abgeordneten Barbara Richstein
CDU-Fraktion
Drucksache 5/7872

Zweites Kostenrechtsmodernisierungsgesetz

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3135 vom 2. September 2013:

Am 1. August 2013 trat das 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz in Kraft. Mit dem Gesetz werden unter anderem die Gerichts-, Justizverwaltungs- und Gerichtsvollziehergebühren erhöht. Es wird das Kostenrecht vereinfacht und die Gerichte von der inzwischen sehr umfangreichen Kostenrechtsprechung entlastet. Ziel ist es, eine bundeseinheitliche Rechtsanwendung sicherzustellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das neue Kostenrechtsmodernisierungsgesetz im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Land Brandenburg?
2. Wie viel Mehreinnahmen erwartet die Landesregierung in Brandenburg aufgrund des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes?
3. Wie gedenkt die Landesregierung die durch das 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz entstehenden Mehreinnahmen zu verwenden?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister der Justiz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie bewertet die Landesregierung das neue Kostenrechtsmodernisierungsgesetz im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Land Brandenburg?

Zu Frage 1: Die Landesregierung begrüßt, dass mit dem Inkrafttreten des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes zum 1. August 2013 ein wesentlicher Teil der Kostenstrukturreform abgeschlossen werden konnte. Die grundlegende Überarbeitung nahezu aller Justizkostengesetze wird zu einer Vereinfachung der Rechtsanwendung führen und die Gerichte von der sehr umfangreich gewordenen Rechtsprechung entlasten. Darüber hinaus geht die Landesregierung davon aus, dass die Anhebung der Gerichtsgebühren einen Beitrag zu der dringend erwarteten Verbesserung des Kostendeckungsgrades in der Justiz leisten kann. Vor dem Hintergrund der seit 1994 nicht erhöhten Wertgebühren hat sich die Landesregierung während des Gesetzgebungsverfahrens gemeinsam mit den anderen Ländern im Bundesrat konsequent für eine deutliche Anhebung der Gerichtskosten ausgesprochen. Sie hat dabei stets im

Blick behalten und aktiv darauf hingewirkt, dass die Anhebung maßvoll und sozialverträglich bleiben muss und Rechtsuchende nicht aus finanziellen Gründen von der Wahrnehmung ihrer rechtlichen Interessen abgehalten werden.

Frage 2: Wie viel Mehreinnahmen erwartet die Landesregierung in Brandenburg aufgrund des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes?

Zu Frage 2: Eine belastbare Aussage zur Höhe der zu erwartenden Mehreinnahmen für das Land Brandenburg ist angesichts des erst kürzlich in Kraft getretenen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes noch nicht möglich. Nach dem im Vermittlungsausschuss am 26. Juni 2013 erzielten Ergebnis sollen den Länderhaushalten bundesweit geschätzt Mehreinnahmen in Höhe von ca. 54 Mio. EUR jährlich zufließen. Die Mehreinnahmen sind jedoch davon abhängig, in welchem Umfang und mit welchen Streitwerten die Gerichte nach Inkrafttreten des Gesetzes in Anspruch genommen werden. Sie setzen zudem voraus, dass die Anzahl der Verfahren mit Prozess- und Verfahrenskostenhilfe nicht zunimmt. Zudem erscheint es nach den Erfahrungen mit dem im Jahr 2004 verabschiedeten Kostenrechtsmodernisierungsgesetz nicht zielführend, Mehreinnahmen für den Landeshaushalt zu kalkulieren, bevor ein entsprechender Nachweis erbracht ist. Die vom Bundesgesetzgeber seinerzeit prognostizierten Mehreinnahmen für die Länderhaushalte blieben nahezu vollständig aus. Im Gegenzug stiegen unter anderem die aus der Landeskasse zu gewährenden gesetzlichen Leistungen für Prozesskostenhilfe, Pflichtverteidigung, Entschädigung für Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer, Rechtsberatung und Insolvenzverfahren überproportional an, ohne dass diese Ausgaben für die Landesregierung steuerbar waren.

Frage 3: Wie gedenkt die Landesregierung die durch das 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz entstehenden Mehreinnahmen zu verwenden?

Zu Frage 3: Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.